

Aufbau einer neuen politischen Kultur: Friedensengagement?

Alen KRISTIĆ

Die Veränderung des politischen Systems, die in meiner Region in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts passierte, hat nicht automatisch dazu geführt, dass die über Jahrhunderte vererbten Modelle einer undemokratischen politischen Kultur zerstört worden wären. Systematische Bemühungen um den Aufbau einer demokratischen politischen Kultur sind deshalb unbedingte Voraussetzungen der weiteren demokratischen Entwicklung in der Region. Da sie die Schlüsselvoraussetzung des friedlichen Zusammenlebens darstellen, muss der Aufbau einer demokratischen Kultur zum unentbehrlichen Bestandteil der Friedensarbeit gehören.

Ich schlage vor, dass wir über die herrschenden Modelle der politischen Sozialisation in den lokalen religiösen Gemeinschaften nachdenken. Ich möchte zeigen, dass die Inhalte und Werte, die das Gewissen der Gläubigen, welche den religiösen Gemeinschaften angehören, wechselseitig verbunden sind mit den Inhalten und Werten, die ihr Gewissen als Bürger prägen. Ein Bewusstwerden der Verantwortung jeder religiösen Gemeinschaft, jedes einzelnen Gläubigen und der Gesellschaft für den Aufbau des Friedens, hängt von den herrschenden Werten und von den Inhalten ab, die die Gläubigen und die Gesellschaft transportieren. In diesem Kontext möchte ich auf die doppelte Frage antworten, die in mir das lehrreiche und interessante Nachdenken über Apostel Paulus und der „Occupy Bewegung“ hervorgerufen hat: Warum zeigt sich das Christentum in meiner Region vor der Bedrohung der gewalttätigen Konflikte immer wieder von Neuem wie abgestorben für die Botschaft des Friedens und der Gewaltfreiheit? Beziehungsweise: Warum zeigt sich das Christentum in meiner Region immer wieder so schwach in der Botschaft der Vergebung und Versöhnung in Nachkriegszeiten?

Das historische Erbe meiner Region war in allen seinen Aspekten immer, trotz aller Differenzierungen, nicht nur ungünstig sondern ausgesprochen gegen jegliche Demokratie und zwar politisch immer autoritär und kulturell immer traditionalistisch, gesellschaftlich immer unentwickelt, die Werte betreffend immer kollektivistisch-konservativ.

Im Zusammenhang mit den komplexen Prozessen der Sozialisation der antidemokratischen politischen Kultur, bedienen sich die Religionsgemeinschaften einer einmaligen sozialen Struktur, die überall präsent ist und über die sie verfügen: die lokalen religiösen Netzwerke, die die Glaubensgemeinschaften bilden, die Pfarreien, Gemeinden und Moscheen.

Die Staatsverantwortlichen und die Führer der politischen Parteien haben realisiert, was für eine politische Macht diese Netzwerke haben und deshalb tendieren sie regelmäßig dazu, diese religiösen Institutionen für ihre Sache zu gewinnen, im Gegenzug für weltliche Privilegien, weil sie sie als Modell einer gesellschaftspolitischen Integration betrachten.

Mit anderen Worten: Ein gehorsamer, konformistischer Gläubiger wird immer auch gleichzeitig ein gehorsamer, konformistischer Staatsuntertan bzw. gehorsamer konformistischer Anhänger der Nation oder der Partei sein - und umgekehrt.

Selbstverständlich ist eben die lokale religiöse Gemeinschaft (LRG) der bevorzugte Ort der „Erziehung“ der Gläubigen, und die Erziehung im gehorsamen konformistischen Geist schließt von vornherein die Einbeziehung der Friedensstiftung, der Gewaltfreiheit und der Versöhnung als wesentliche Bestandteile der Glaubensidentität aus, denn sie befürchten, dass sich dies sicher negativ auf den Zusammenhalt der Nation auswirken würde.

Obwohl der Zerfall vom Kommunismus eine einmalige historische Chance geboten hätte, wagten es die regionalen religiösen Gemeinschaften nicht, sich in einen der Schlüsselfaktoren der politischen Sozialisation der demokratischen, politischen Kultur zu wandeln, sondern im Gegenteil, sie lieferten sich unkritisch den autokratischen–autoritären Führern der nationalen Befreiung aus, in der Überzeugung, dass die nationale Erneuerung die Religiöse gewährleisten würde.

Gewiss, diese Wandlung hätte nicht nur bloße Anpassung der religiösen Gemeinschaften an die Bedürfnisse der Gesellschaft dargestellt, sondern auch ihre wahre religiöse Katharsis, die vor allem sichtbar geworden wäre in der Hinwendung der religiösen Gemeinschaften an Prozesse des Friedens, hauptsächlich der Vergebung und der Versöhnung.

In diesem Fall gehen also das authentisch Religiöse und das gesellschaftlich Wünschenswerte Hand in Hand: Der sich selbst und seiner eigenen Verantwortung bewusste Gläubige wäre auch ein bewusster und verantwortlicher Bürger, eine Stütze der demokratischen Gesellschaft; der sich selbst und seiner Verantwortung bewusste Bürger, offen für das selbstverantwortliche und solidarische Wirken, wäre ein bewusstes und verantwortliches Mitglied seiner religiösen Gemeinschaft. Denn nur der bewusste Gläubige, der gleichzeitig ein bewusster Bürger ist, will und kann ein wirksamer engagierter Friedensstifter werden.

Dass die lokalen religiösen Gemeinschaften in unserer Region immer noch eher als Bollwerke der undemokratischen politischen Kultur wirken, ist umso tragischer, da sie über ihre einmaligen gesellschaftlich–infrastrukturellen Netzwerke eine unvergleichbare Möglichkeit haben, dem systematischen Aufbau einer demokratischen politischen Kultur und damit gleichzeitig der Erziehung der Gläubigen für den Frieden und die Gewaltfreiheit zu dienen. Wenn sie sich der Gotteswirkung öffnen würden, könnte es die einmalige Gelegenheit für ihrer Erlösung von all ihrem geschichtlichen Versagen werden.

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ (F. Hölderlin)

Die Voraussetzung dafür wäre allerdings Zweierlei.

„Ad extra“ – eine gesunde Trennung der religiösen Gemeinschaften von den staatlichen und parteipolitischen Machtstrukturen und die Entwicklung einer wirksamen Zusammenarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen.

„Ad intra“ – eine Demokratisierung des institutionellen Lebens in den religiösen Gemeinschaften, besonders auf der lokalen Ebene.

Um zu verdeutlichen, welche Veränderungen innerhalb der lokalen religiösen Gemeinschaften notwendig wären, um eine demokratische Sozialisierung zu ermöglichen, muss man aufzeigen, welche konkreten Formen die antidemokratischen Strukturen in den lokalen religiösen Gemeinschaften annehmen.

II.

Um meine Kritik der verschiedenen Mechanismen des antidemokratischen Systems zu illustrieren, welche in den lokalen religiösen Gemeinschaften existieren, werde ich von den Grundwerten der Demokratie ausgehen.

1. Mechanismen der undemokratischen, politischen Sozialisation

Im Bewusstsein, dass sehr unterschiedliche Praxen vorhanden sind, gehe ich hier hauptsächlich von den in der Region überwiegenden Eigenschaften aus, wenn ich über die politische Sozialisation innerhalb von lokalen religiösen Gemeinschaften spreche.

a) Politisches Bewußtsein

Die Alleinherrschaft in den lokalen religiösen Gemeinschaften, die sich trotz des formalen Bestehens von pastoralen, sozialen und wirtschaftlichen Räten eingebürgert hat, deformiert die Gläubigen zu passiven Objekten. Die Gläubigen, deren Glaubensbewusstsein betäubt wird, zeigen sich im Bereich des Politischen als Bürger ohne politische Kompetenz: Ohne Bewusstsein der Möglichkeit, persönlich auf die Politik Einfluss ausüben zu können. Dazu kommt, dass sie die Leiter der religiösen Gemeinschaften nicht selber wählen dürfen. Das weckt das Misstrauen bei den Gläubigen gegenüber der bürgerlichen Pflicht zur politischen Partizipation. Allerdings, wenn sie auf dem "politischen Schauplatz" auftreten, wird offenbar, in welchem Ausmaß sie genau wegen der zentralistischen Führung von lokalen religiösen Gemeinschaften auf die Wahl der autokratisch-zentralistischen politischen Akteure und Parteien eingestellt sind.

Der Vormundschaft von lokalen religiösen Gemeinschaften nicht nur in den Glaubensfragen ausgesetzt, sondern oft auch in kulturellen und politischen Fragen, werden die Gläubigen wiederum zu Bürgern erzogen, die die Sakralisierung der Politik tolerieren, sowie die offene Zustimmung der religiösen Gemeinschaften zu einzelnen politischen Akteuren oder Parteien.

Alles das zusammen – alleinherrschaftliche Autoritätsausübung in lokalen religiösen Gemeinschaften, die Unmöglichkeit der Teilhabe der Gläubigen an den Wahlen der Leitung von lokalen religiösen Gemeinschaften und die Bevormundung der Gläubigen in politischen Fragen durch die lokalen religiösen Gemeinschaften – das alles erzieht die Gläubigen zu einer unreifen Zugehörigkeit zu diesen Gemeinschaften, was mit dem Versinken in die Gemeinschaft und dem Verlust der persönlichen Verantwortung verbunden ist. Das ist die Vorbereitung darauf, dass sie als Bürger bei allen anderen Zugehörigkeiten ohne kritisch-freiheitliche Distanz sind, vor allem bei der nationalen und parteipolitischen Zugehörigkeit.

Zusammenfassend:

Die Verödung des Glaubensbewusstseins öffnet den Weg für die Zerstörung des politischen Bewusstseins, und umgekehrt! Nur wenn die Autonomie auf der Ebene des Glaubens und der Politik sich gegenseitig durchdringen, werden die Gläubigen die Voraussetzung haben, sich für den Frieden zu engagieren, denn dieses Engagement ist der Ausdruck politischer Verantwortung sowohl als Gläubiger und auch als Bürger.

b) Freiheit

Die Entfremdung der Gläubigen von der lokalen religiösen Gemeinschaft als der Gemeinschaft, für die sie die Verantwortung tragen, entspricht der prahlerischen Identifizierung ihrer Leiter mit der Gemeinschaft selbst, sehr oft auch mit der Kirche

oder Gott. Bewaffnet mit einem Schild der Unberührbarkeit von "unten" erklären sie jede Kritik "von innen" für die Zerstörung der Einheit und jede Kritik von "außen" für eine Phobie. Lokale religiöse Gemeinschaften sind so unfähig für eine "herrschaftsfreie Kommunikation" (J. Habermas). Der vorbehaltlose Gehorsam den Leitern der religiösen Gemeinschaft gegenüber wird zur Glaubenstugend erklärt.

Der Gläubige, dem in lokalen religiösen Gemeinschaften so die Freiheit, insbesondere die Gedankenfreiheit und die freie Meinungsäußerung verweigert werden, wird darauf vorbereitet, sich auch als Bürger betrügen zu lassen: Wenn die Politiker in Frage gestellt werden, verstecken sie sich hinter dem „nationalen überlebenswichtigen Interesse“ („wer mich kritisiert, kritisiert die Nation“). Und dasselbe gilt für die religiösen Gemeinschaften: Wenn die Führer in Frage gestellt werden, verstecken sie sich hinter den „Interessen der Institution“ und sogar hinter Gott („wer mich kritisiert, kritisiert die Kirche oder sogar Gott“).

Natürlich spielen auch die Medien eine wichtige Rolle, die meistens Monologe und Anordnungen, aber keinen freien Meinungs austausch fördern. Das ist die Vorbereitung der Gläubigen auf eine „partitokratische Manipulation der Medien“ (D. Bojic) im Bereich der Gesellschaftspolitik – Medien, die im Dienst der politischen und wirtschaftlichen sowie religiösen Zentren der Macht sich opportunistisch-sklavenhaft profilieren.

Zusammenfassend: Verödung der Religionsfreiheit öffnet die Wege einer Vernichtung der bürgerlichen Freiheiten, und umgekehrt! Gerade die Atmosphäre der Freiheit sowohl im Bereich des Glaubens wie auch des Gesellschaftlichen bildet den entscheidenden Ausgangspunkt und die Voraussetzung, damit die Friedensstiftung zum wesentlichen Bestandteil der politischen Identität der Gläubigen und Bürger werden kann.

c) Pluralismus

Die lokalen religiösen Gemeinschaften verteufeln systematisch den Pluralismus, obwohl betont wird, dass der Glaube eine Frage persönlicher Entscheidung sei. Alles, was sich von dem Eigenen unterscheidet, wird als das Feindliche erklärt. Als ob etwas anderes als Untreue der Gläubigen den Glauben bedrohen könnte. (Ž. Mardešić)

Diese dualistische Sicht einer Welt voller Feinde, teilt die Welt in die absolut Guten („wir“) und diejenigen, die absolut Böse sind („die Anderen“). Die lokale religiöse Gemeinschaft wird durch die Angst vor dem Anderen entstellt und in eine geschlossene Festung unter ständiger Belagerung umgestaltet. Das Leben der Gläubigen wird statt von Freiheit, Offenheit und Hoffnung, von Verletzlichkeit, Exklusivität und Pessimismus geprägt. In dieser Atmosphäre der Bedrohung, werden sogar alle aus der lokalen religiösen Gemeinschaft ausgeschlossen, die es wagen, theologisch oder politisch anders zu denken. Es ist kein Platz für die Spannungen in der Pluralität, die die Quelle der Lebendigkeit sind. Das Misstrauen gegenüber dem Pluralismus, begünstigt bei den Gläubigen ein starkes Bedürfnis nach Sicherheit, das in dem gesellschaftspolitischen Raum auftaucht in Form einer Sehnsucht nach einer totalitären gleichgeschalteten, möglicherweise religiös begründeten, Ordnung. Indem die lokalen religiösen Gemeinschaften „die Linken“ dämonisieren und „die Rechten“ sakralisieren, liefern sie ihre Gläubigen" im Bereich des Gesellschaftspolitischen dem rechten Flügel der konservativen politischen Parteien aus.

Der Glaube in lokalen religiösen Gemeinschaften ist ein biologisch-statisches Erbe, das zu verteidigen und nicht kreativ zu entwickeln ist. Er ist nicht eine persönliche Entscheidung, die sich mit jeder Herausforderung des Lebens erneuert. Die Gläubigen werden nicht ermutigt, ihre politische Entscheidung im Bereich des Gesellschaftspolitischen immer wieder auf einer persönlich-rationalen Infragestellung der politischen Programme und Leistungen zu gründen. Stattdessen wird ein für alle Mal auf der Grundlage der "politischen Idolbildung" (SL Frank), einer Art von politischem Fanatismus, entschieden, der aufberzeugung beruht, dass eine gesellschaftspolitische Ordnung das absolut Gute verkörpern soll. Wenn die Gläubigen in den lokalen religiösen Gemeinschaften die Einheit als das alle verpflichtende gleiche Denken wahrzunehmen lernen, verstehen sie dann die Einheit im Bereich des Gesellschaftspolitischen auf dieselbe Art und Weise. Eben das bildet die Voraussetzung für den Anspruch auf das Monopol des Nationalistischen durch eine einzige Partei. Die dualistische Sichtweise und die Ghetto mentalität, die im Bereich der Religion herrschen, - ein Atheist oder Mitglied eines anderen Glaubens ist keine positive Herausforderung für den Glauben und die Menschlichkeit, sondern eine Bedrohung für die eigene Identität - lassen sich auf den Bereich des Gesellschaftspolitischen übertragen: Ein Mitglied einer anderen politischen Orientierung oder einer anderen Weltanschauung ist kein Partner, eher ein Feind, ja sogar das absolut Böse.

Zusammenfassend: Die Auslöschung des religiösen Pluralismus ebnet den Weg der Ausrottung des Pluralismus im Bereich des Gesellschaftspolitischen, und umgekehrt! Indem der Pluralismus als Gottes Wille nicht angenommen wird, widersetzt man sich unmittelbar dem Friedensengagement, dessen Grundfähigkeit es ist, auch mitten im Konflikt im Feind die "Spur des Göttlichen" und den möglichen Partner für den Aufbau einer besseren Zukunft wahrzunehmen. In der Tat stellt die Friedensstiftung in der Atmosphäre des Dualismus und der Ghettoisierung nicht nur eine unerwünschte Option dar, sondern ein absolutes, mit dem Verrat der eigenen religiösen und politischen Körperschaft gleichgesetztes Übel. Deswegen erntet der Verfechter der Friedensstiftung "zu Hause" mehr Hass und Verachtung als der religiöse oder politische Feind.

d) Kultur der Erinnerung

Die lokalen religiösen Gemeinschaften widerstehen dem Pluralismus und ihr Widerstand dem Dialog gegenüber macht sie zu Verfechtern der Vergangenheit. Überall beansprucht man für sich das Monopol auf die historische Wahrheit, das bis vor Kurzem im Besitz des kommunistischen Regimes war. Aber ohne einen offenen und ehrlichen Dialog über die Vergangenheit ist die Heilung der Übergangsgesellschaften durch Vergebung und Versöhnung undenkbar.

Von den Sprechbühnen der lokalen religiösen Gemeinschaften aus wird ausschließlich über das eigene national-religiöse Leiden und die eigenen Opfer gesprochen. Für sie werden nicht nur Gebetszeremonien sondern auch Denkmale als öffentliche "Orte der Erinnerung" gebaut. Diese wurden oft sogar zur Ehre der Henker von den Opfern anderer religiös-ethnischer Angehöriger errichtet. Dabei lässt man außer Acht, wie hoch der Preis der eigenen religiösen, ethnischen und sogar territorialen Reinheit ist.

"Empfindlichkeit für das fremde Leiden" (J.B. Metz) als die Grundlage des monotheistischen Ethos, aber auch als die Bedingung für die wahrheitstreue Erinnerung, wurde seit langem von den Sprechbühnen der lokalen religiösen Gemeinschaften verbannt, wenn es sie überhaupt je gab: "das fremde Leiden zur Sprache bringen lassen, ist die Bedingung jeder Wahrheit." (Th. W. Adorno)

Die lokalen religiösen Gemeinschaften verbreiten unermüdlich von den Sprechbühnen den Mythos der eigenen Unschuld. Damit werden die Gläubigen vorbereitet, im sozio-politischen Raum die nationalistisch-archaischen Mythen der Gewinner anzunehmen, für die die Amnesie gegenüber den Opfern des eigenen national-religiösen Narzissmus kennzeichnend ist. Somit werden die Gläubigen unfähig gemacht, Schuld anzuerkennen und das Bedürfnis nach Vergebung zu verspüren, welche den Anfang jeden Prozesses der "Heilung der Erinnerung" (Johannes Paul II) ist. Deshalb sind die Gläubigen empfänglich für politische Programme, in unserer Region meist nationalistischer Herkunft, die für das Einnehmen einer Opferhaltung stehen („wir sind immer die Opfer“) oder für eine Infantilisierung („immer sind die anderen schuld“). Anstatt "Experten für Vergebung und Versöhnung" auf der gesellschaftspolitischen Bühne zu sein, werden sie zu den "Experten für Hass und Rache." Unmerklich wird der Missbrauch der religiösen Symbole aus den lokalen religiösen Gemeinschaften in den gesellschaftspolitischen Bereich übertragen. Das ist ein beliebtes Mittel, um mit Hilfe von der Angst vor dem Anderen die Menschen zu verbünden. Statt die "symbolische, universale Gemeinschaft" zu fördern, werden die religiösen Symbole für die Umsetzung der "diabolischen Gewalt des Partikularen" (I. Sarcevic) verwendet: Abgrenzung, Einschüchterung oder Äußerungen der Überlegenheit diejenigen gegenüber, die sich religiös und national unterscheiden. All dies natürlich, weil die Flammen des Hasses entzündet worden sind und wegen dem Religiösen einen besonders glänzenden Schein werfen!

Aber auf all das werden die Gläubigen schon dadurch vorbereitet, indem ihnen als Vorbilder der Glaubensexistenz in lokalen religiösen Gemeinschaften keine religiösen Friedensstifter oder religiös inspirierten Sozialreformer vermittelt werden, sondern „kriegerische“ Heilige, die wiederum ein wirksames Werkzeug sind, um die eigenen Reihen zu schließen und um den Hass zu schüren gegen alles, was sich religiös und national unterscheidet. Das ist der Grund, warum die Gläubigen im Bereich des Gesellschaftspolitischen in den Prozessen der Versöhnung und Vergebung nicht führend sind.

Zusammenfassend: Mit der Auslöschung einer neuen Kultur der Erinnerung im Bereich des Religiösen wird der Weg für die Ausrottung einer neuen Kultur der Erinnerung im Bereich des Gesellschaftspolitischen frei gemacht, und umgekehrt! Und gerade eine neue Kultur der Erinnerung wäre die wichtige Voraussetzung und der erste Schritt auf dem Weg der Friedensstiftung. Man würde religiöse und politische Kühnheit an den Tag legen, wenn man sich vom fremden Leiden erschüttern lassen würde und die Augen für das Leid öffnen würde, das anderen unter den Fahnen unserer religiös-politischen Körperschaften angetan wurde.

e) Soziale Solidarität

Das Absterben von sozialer Solidarität in den von einer wilden sozialen Ungerechtigkeit gekennzeichneten Übergangsgesellschaften spürt man auch in den lokalen religiösen Gemeinschaften. Die Verantwortlichen der lokalen religiösen Gemeinschaften sind immun geworden gegen Sozialethik und gegen die Verantwortung für die konkrete Gesellschaft. Sie betonen eine Moraltheologie, die sich fast pathologisch auf Sexualethik reduziert und dabei Spiritualismus und Liturgie betont. Sie sind empfänglich für Fragen der Nationalität und des Glaubens, aber sie interessieren sich sehr wenig für die brennenden sozialen Probleme.

Bei ihnen entartet der Glaube, der seine Pflicht aufgegeben hat, sich in der Ganzheit des Lebens, auch im sozialen Bereich zu verwirklichen, zu einem rhetorischen, einseitigen und dekadenten Surrogat. Wenn sie sich öffentlich für die soziale Gerechtigkeit einsetzen würden, dann würden die Gemeinschaften beschuldigt werden, nach Links abzudriften und die Nation oder den Staat zu verraten.

Die Leiter der lokalen religiösen Gemeinschaften sind mit ihrer eigenen finanziellen-materiellen Sicherung fast obsessiv beschäftigt. Sie nehmen sogar Geschenke an von denen, die für die soziale Ungerechtigkeit verantwortlich sind. Infolge dessen identifizieren sie sich mit ihnen. Damit verlieren sie die Freiheit der Verkündigung: Sie haben nicht die Kühnheit prophetisch gegen die soziale Ungerechtigkeit zu protestieren. Eine solche Verkündigung würde sich von einem ethischen Protest unterscheiden, weil sie die Verantwortlichen unverblümt öffentlich zur Rechenschaft ziehen würden.

Die Glaubwürdigkeit versucht man zwar mancherorts mittels Förderung von karitativen Arbeiten unter dem Schirm der lokalen religiösen Gemeinschaften zu bewahren. Aber die Bekämpfung der Folgen von sozialer Ungerechtigkeit kann nicht die Auseinandersetzung mit ihren Ursachen ersetzen.

Wenn die Glaubenserziehung alle soziale Aspekte der kirchlichen Berufung unterschlägt oder sie nur auf das Karitative reduziert, dann wird der Gläubige darauf vorbereitet, im gesellschaftspolitischen Bereich politischen Programmen zuzustimmen, welche den sozialen Problemen – ihren Ursachen und sogar manchmal ihren Konsequenzen – gegenüber verschlossen sind. Hinter diesen Programmen verbirgt sich nicht die Sorge um die beschworene Ideologie, sondern ganz einfach eine profitable Wirtschaftskriminalität.

Die Sensibilisierung der Gläubigen im gesellschaftspolitischen Bereich ist gestört durch die wirtschaftliche Praxis der lokalen religiösen Gemeinschaften. Diese ist wenig transparent, nicht nur gegenüber den Gläubigen, sondern auch gegenüber den kirchlichen und staatlichen Geldgebern.

Natürlich wird es fast ausschließlich in die Hände der Leiter von lokalen religiösen Gemeinschaften gelegt. Außerdem kommt es nicht selten vor, dass die Leiter die sozialen Rechte der Angestellten in den religiösen Gemeinschaften missachten.

All das bereitet die Gläubigen darauf vor, im Bereich des Sozialpolitischen unterschiedliche Missstände zu dulden: Mangel an Transparenz, Korruption und soziale Ungerechtigkeit.

Zusammenfassend: Indem das soziale Bewusstsein im Bereich des Religiösen vernichtet wird, wird der Weg zum Ausrotten des sozialen Bewusstseins im Bereich des Gesellschaftspolitischen frei gemacht, und umgekehrt! Und es ist eben das soziale Bewusstsein, das der Auslöser für den Kampf um die soziale Gerechtigkeit ist und einen wesentliche Bestandteil der Friedensstiftung bildet. Ich bin überzeugt, dass nicht nur die Ungerechtigkeit zur Radikalisierung auf der sozialen und politischen Ebene führt und die Tür öffnet zur Gewalt. Die physische Präsenz Gottes gegenüber diesem Teufelskreis der Ungerechtigkeit bedeutet meines Erachtens: „Gott ist nicht tot. Er ist das Brot.“ (J.Moltmann)

f) Partnerschaft zwischen Frau und Mann

Die Unfähigkeit der Übergangsgesellschaften, positiv auf die Herausforderungen des Übergangs zu antworten, wird von ihrem Beharren auf ideologischen Kontrolle und

Ausschluß der Frauen aus dem Bereich des Gesellschaftspolitischen bedingt. Ähnlich verhalten sich die lokalen religiösen Gemeinschaften in den Übergangsgesellschaften, indem sie auf das Glaubenspotential der Frauen verzichten.

Die Leiter von lokalen religiösen Gemeinschaften erlauben den Frauen nicht, gleichberechtigt mit den Männern die vielfältigen Lebensbereiche der religiösen Gemeinschaften zu gestalten. Sie sind noch immer den theologischen Konstrukten und den althergebrachten Frömmigkeiten sklavisch untertan, die durch Misstrauen oder sogar Hass den Frauen gegenüber motiviert sind.

Selten finden sich für die Frauen Positionen in den pastoralen, ökonomischen oder sozialen Räten von lokalen religiösen Gemeinschaften, obwohl sie oft nicht nur im Wirtschaftsbereich sondern auch theologisch besser ausgebildet sind als Männer. Nicht einmal die Abwesenheit von Lebendigkeit und Kreativität in den Gemeinschaften ermuntert dazu, den Ausschluß von den Frauen aufzugeben. Dies wird dadurch begünstigt, dass man in den LRG der Region ausschließlich die Leiter und keine Leiterinnen kennt. Damit werden die Gläubigen darauf vorbereitet, dass sie das Glaubenspotential der Frauen in den lokalen religiösen Gemeinschaften nicht kennen lernen und das bedeutet für den Bereich des Gesellschaftspolitischen: Weil sie das versteckte Potential der Frauen für die Demokratie nicht kennen, stellen sie den Ausschluß der Frauen aus den Politik-, Wirtschafts- und Ausbildungsstrukturen nicht in Frage.

Zusammenfassend: Indem das Glaubenspotential der Frauen im religiösen Bereich ausgerottet wird, wird der Weg frei gemacht, das Potential der Frauen für die Demokratie im gesellschaftlich-politischen Bereich zu tilgen, und umgekehrt! Wobei ausgerechnet die Frauen im Bereich der Friedensstiftung mehr Kreativität und Mut als Männer zeigen, wofür auf eine anschauliche Weise nicht nur die Lebensgeschichten von fünfzehn Nobelpreisträgerinnen, sondern auch die ersten Forschungen über das Friedensengagement in meiner Region sprechen.

g) Zusammenarbeit für das Gemeinwohl

Die korrupte/korrumperenden „Staatbesessenheit“ (Ž. Mardešić), ist die Quelle der Verlorenheit in der pluralistischen Gesellschaft. Sie hindert die lokalen Religionsgemeinschaften in den Übergangsgesellschaften, den zivilen Sektor als den bevorzugten Ort des Glaubenszeugnisses anzuerkennen. Das Begehren nach Privilegien bremst den Willen zum Dienen. Das ist der Grund, warum die Leiter der lokalen religiösen Gemeinschaften sich dem zivilen Sektor misstrauisch verschließen.

In den Gemeinschaften erwarten die Gläubigen alles vom Staat und von den politischen Parteien, die als einzige Garanten für die Bewahrung des Glaubens betrachtet werden. Deswegen wird die Zivilgesellschaft nicht als der geeignete Ort angesehen, um seinen Glauben praktisch zu leben und um sich für die Welt verantwortlich zu zeigen. Dabei könnten viele verborgene Aspekte der Identität der Gläubigen aus der Vergessenheit hervorgeholt werden, wenn sie sich in diesem Sektor engagieren würden: Man könnte zum Beispiel feststellen, dass ein gelebtes Umweltbewußtsein ein authentischer und ganzheitlicher Ausdruck des Glaubens sein kann.

Damit hätten die lokalen religiösen Gemeinschaften die Chance, ihre Haltung der untertänigen Abhängigkeit dem Staat und den Parteien gegenüber, umzutauschen

gegen eine wirkliche Autonomie in der zivilen Gesellschaft. Es ginge nicht nur darum, sich in der Gesellschaft zu integrieren, sondern auch darum, ein authentisches Glaubenszeugnis abzulegen. Ohne Zweifel hätte dies das Aufblühen der Lebendigkeit und der Kreativität in den Gemeinschaften als Folge, und auch die Entfaltung ihrer Fähigkeit zur politischen und demokratischen Sozialisation. Die Friedensstiftung, deren Nährboden gerade die Zivilgesellschaft ist, wäre auch eine dieser Konsequenzen.

Aus allem Zusammengefasst: Wir haben festgestellt, dass die unkontrollierte Macht in den Religionsgemeinschaften den Weg für die unkontrollierte Macht im gesellschaftspolitischen Bereich ebnet. Daraus folgt, dass es ohne eine echte Demokratisierung der Religionsgemeinschaften keine wirkliche Demokratisierung der Gesellschaft geben wird. Und umgekehrt! In anderen Worten: Es braucht eine demokratische Atmosphäre, sowohl im religiösen wie auch im gesellschaftspolitischen Bereich, damit das Friedensengagement sich entfaltet als wesentliches Kennzeichen der religiösen und gesellschaftspolitischen Identität.

2. Hoffnung?

Es gibt keine Garantie noch Aussicht, dass die friedensstiftende Umgestaltung der Gesellschaft und der Religionsgemeinschaften in meiner Region stattfinden wird. Gibt es aber Zeichen der Hoffnung? Obwohl noch viele drohende Wolken am Horizont zu sehen sind, ist meine Antwort positiv.

Statt passiv zu warten, dass die Friedensumgestaltung der Gesellschaft und der Religionsgemeinschaften kommt, machen sich viele Gläubige selbständig auf den Weg in das Abenteuer der Friedensstiftung. Die Glaubwürdigkeit nicht nur ihrer Glaubens, sondern auch ihrer ganzen menschlichen Existenz hängt davon ab. Diese Menschen schließen sich damit auch dem Aufbau einer politischen demokratischen Kultur an. Da es dafür unzureichenden oder überhaupt keinen Platz in den Religionsgemeinschaften selbst gab, fanden sie den Raum dafür im Bereich des Nichtregierungssektors. Ihr eigenes friedensstiftende Bewusstsein leben sie praktisch in Rahmen der Nichtregierungsorganisationen, die sie in der Regel selbst gegründet haben. Sie werden von den Medien nicht wahrgenommen. Sie mussten sich all die zahlreichen, friedensstiftenden Erfahrungen erkämpfen und haben manche zerstörte Brücke wieder aufgebaut. Es wäre für die Religionsgemeinschaften wertvoll, diesen Menschen und Gruppen ihre Tür endlich ganz zu öffnen und in ihnen die prophetische Stimme zu erkennen und die konkrete Hilfe, die sie geleistet haben. So würden die Gemeinschaften der Friedensbotschaft authentisch Antwort geben. Denn die Friedensbotschaft bildet den Kern der Botschaft, die sie verkündigen und den Sinn, warum die Gemeinschaften überhaupt bestehen. Die Amtsträger, die dafür offen sind, könnten in diesem Falle eine Vermittlerrolle einnehmen. Ihre Zahl wächst, oft Dank der Friedensarbeit, die von den friedensbewußten Gläubigen geleistet wird.

Alen KRISTIĆ